

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit
mit Unterhaltungsbeilage Die illustrierte Zeit
und Sonntagsbeilage Feierabend

Bezugspreis:
Abgabe A mit 2 Beilagen vierteljährlich 2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,52 M. in Ostpreußen 2,43 M.
Abgabe B nur mit Feierabend vierteljährlich 1,80 M. In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,22 M. in Ostpreußen 2,07 M. — Einzel-Nr. 10 J. Redaktions-Belegblätter: 10 bis 11 Uhr vormittags.
Für Rückgabe eingelangter Briefstücke macht sich die Redaktion nicht verbindlich; Rücksendung erfolgt, wenn Rückporto beigefügt ist. Brieflichen Anfragen ist promptester Besorgnis.

Anzeigen:
Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 12 Uhr.
Preis für die Zeitspaltzeile 20 J. im Reklameteil 60 J. Für unendlich gedruckte, sowie durch Fernsprecher aufgebundene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.
Geschäftsstelle und Redaktion Dresden, Goldschmidtstr. 48

Nr. 217

Erscheint nachm. 4 Uhr

Sonntag, den 22. September 1912

Fernsprecher 1366

11. Jahrg.



Beste Bezugsquelle!
Vorzügliche PIANINOS
neue und gebrauchte, alle Holz- und Stilarten sowie nach Zeichnung
HARMONIUMS von 60 Mark an
Elegante Auswahl, günstige Zahlweise, hohe Klassenrabatt!
STOLZENBERG: DRESDEN
Johann-Georgen-Allee 13

Porzellan
und
Kristall

Gebrauchs- und Luxusgegenstände

Königl. Hoflieferant
Anhäuser

Dresden, König-Johann-Str.

Deutsches Reich.

Dresden, den 21. September 1912.
— Im hessischen Landtag der nationalliberale Abg. Schönberger die Verstaatlichung des Volksschulwesens beantragt. Seit Jahren schon treten derartige Anträge in der hessischen Kammer auf; sie wurden aber bisher immer von der Regierung mit guten Gründen abgelehnt.

— **Abwehrmaßnahmen gegen die Fleischsteuerung.** Das von der Stadt Köln bestellte Rindfleisch aus Dänemark — zwei Waggons, die 72 Halbstücke Großvieh enthielten — ist dort eingetroffen und unter den Regnern zum Verkauf verlost worden. Das vorzügliche Fleisch stellt sich auf 70 bis 90 Pfennige pro Pfund, was für das Publikum eine Minderabgabe von 20 bis 30 Pfennige pro Pfund gegen die Preise des deutschen Fleisches bedeutet. — Der Magistrat von Stendal hat beschlossen, bei den Stadtverordneten für das Rechnungsjahr 1912 Steuerzulagen für städtische Beamte und Arbeiter zu beantragen; sie sollen von einer bestimmten Kinderzahl (drei) beginnen und für jedes weitere Kind um den gleichen Betrag steigen. — Die städtischen Beamten von Mainz haben an die städtische Verwaltung ein Gesuch gerichtet, worin sie mit Rücksicht auf die seit 1908 eingetretene sprunghafte Preissteigerung aller Lebensmittel um Gehaltsaufbesserung ersuchen.

— **Der zweite deutsche Mittelstandsstag** hat eine Entschließung angenommen, wonach der Verband in der heutigen Konsumvereinsbewegung eine große Gefahr für den selbständigen Mittelstand und das gesamte Staatswesen erblickt und unbedingt ein reichsgesetzliches Eingreifen fordert. Namentlich müsse den Beamten die Beteiligung an den Konsumvereinen erschwert werden. — Der Vorsitzende der Tagung, Bürgermeister Eberle von Roffen, bezeichnete in einer Rede als eine der Ursachen der Mittelstandsnot die Uneinigkeit und Willkürigkeit, vielleicht auch Willkürigkeit. Die Folge sei, daß der Mittelstand leer ausgehe, wenn andere Stände ihren Teil erhalten. Es heiße für den Mittelstand: Hilf dir selbst, so hilft dir Gott! Der Mittelstand müsse lernen, es den anderen Ständen, Arbeitern, Angestellten, Beamten, Landwirten und Industriellen nachzutun und sich einheitlich zusammenzuschließen, da er nur als Masse neben den anderen Massen auf gleiches Recht und gleichen Einfluß rechnen könne.

— Ein „**Bund deutscher Protestanten**“ ist am 16. September gegründet worden, wie Herr Karl Schrader, der Vorsitzende des Protestantenvereins, im Berliner Tageblatt, dem zur Förderung der Interessen des Judentums gegründeten radikal-demokratischen Blatt, mitteilt. Das besagt genug. Der „Bund deutscher Protestanten“ soll die sämtlichen Vereine, die ungefähr auf dem Boden von Jotzo und Traub stehen, zusammenfassen und „die Verteidigung kirchlicher (!) Interessen übernehmen. Welche Vereine damit gemeint sind, wird von Herrn Schrader nicht gesagt. Es wäre aber interessant, das zu erfahren. Wahrscheinlich befinden sich auch die Freidenker-Vereine darunter.

— **Der sozialdemokratische Parteitag in Chemnitz.** Zu Beginn der Freitag-Sitzung erhielt der Reichstagsabgeordnete Stadthagen als Referent das Schlußwort zu dem Thema „Reichstagswahlen“. Er nimmt Stellung zu den Anträgen und Resolutionen. Seine Ausführungen, wie auch die der anderen Redner, sind von der Frage der sogenannten „Sonderkonferenzen“ beherrscht, die der Einigkeit und Geschlossenheit der Partei schaden. Bei der Abstimmung über die Anträge wird ein Antrag auf besseren Schutz gegen Arbeitswillige, ferner das Tadelvotum gegen Dr. Landsberg und endlich gegen zehn bis zwölf Radikale die Resolution Sindermann angenommen. Sie lautet: „Der Parteitag spricht den dringenden Wunsch aus, daß die Parteigenossen in Zukunft Sonderzusammenkünfte verschiedener Richtung vermeiden. Der Parteitag geht über sämtliche Anträge betreffend Sonderzusammenkünfte zur Tagesordnung über.“ An der Hand einer langen Parteivorstands-Resolution erstattet dann Gaase sein Referat über den Imperialismus. Ein Auszug aus der Resolution gibt den Gedankengang des Referates wieder. Mit der zunehmenden Ausfuhr von Waren und Kapital, von Produktions- und Transportmitteln wird der Weltverkehr immer mehr gesteigert und die Weltwirtschaft ausgedehnt. Die mächtig geförderten Organisationen der Unternehmer, die Kartelle und Trusts, die das Wirtschaftsleben in steigendem Maße gefährden, nutzen ihren Einfluß auf die Regierung der Völker aus, um die staatlichen Nachmitteln ihren Expansionsbestrebungen nutzbar zu machen. Eine struppellose Raub- und Eroberungspolitik ist die Folge dieser Ausdehnungsbestrebungen. Um die Beutezüge siegreich durchzuführen und den Raub in Sicherheit zu bringen, werden die Nordwerkzeuge in unerhörter Weise vermehrt und vervollkommen. Die Gefahr eines verheerenden Weltkrieges wird noch verschärft durch die schamlose Hege der Kapitalmagnaten und Junker, die an der Lieferung von Kriegsmaterial, an der Vergrößerung des Beamtenapparates und

Die Bedürfnisfrage einer neuen Universität in Sachsen.

Seitdem im April die Regierung den Plan ausgesprochen hat, die Tierärztliche Hochschule von Dresden nach Leipzig zu verlegen, hat die Einwohnerschaft der Haupt- und Residenzstadt geschlossen dagegen Einspruch erhoben. Ueber 100 Jahre besteht bereits die Tierärztliche Hochschule in Dresden, sie ist hier zur Entwicklung gelangt, und da sie nun, sowohl was ihre wissenschaftliche Bedeutung als ihre Frequenz betrifft, in vollster Blüte dasteht, will die Regierung sie verlegen. Und die Gründe? Die Gebäude sind zu klein geworden; eine Vergrößerung ist an dem Orte, wo sie jetzt steht, nicht möglich, es ist also ein voller Neubau erforderlich. Die Stadtgemeinde Dresden hat ein großes Interesse, daß die Hochschule in Dresden verbleibe und hat daher dem Ministerium des Innern ein 500 000 Quadratmeter großes Baugelände, das einen Wert von 500 000 M. repräsentiert, zur unentgeltlichen Ueberlassung an. Das Gleiche tat aber auch Leipzig. Da dort bereits eine Reihe von Instituten bei der Universität vorhanden sind, so würden sich die Baukosten um eine Million Mark niedriger stellen als in Dresden. Hierzu kämen noch andere Ersparnisse, die bei der Verlegung nach Leipzig eintreten würden, besonders an Gehältern und Remunerationen. Einer Eingliederung der Tierärztlichen Hochschule in die Universität würden sich keine ernstlichen Schwierigkeiten von Seiten der letzteren entgegenstellen, besonders, da schon eine Verbindung zwischen der medizinischen Fakultät und der Tierärztlichen Hochschule durch die ihnen gemeinschaftlich obliegende Promotion zum Dr. med. vet. geschaffen worden ist, die als deutlicher Ausdruck der nahen Verwandtschaft zwischen Human- und Veterinärmedizin besonders bewertet werden muß. Im übrigen läßt die Regierung in ihrer Denkschrift keinen Zweifel übrig, daß sie die Verlegung der Hochschule nach Leipzig ins Auge gefaßt hat, weil sie im Interesse der Veterinärwissenschaft, ihrer Forscher- und Lehrtätigkeit, wie der Studierenden, die Verbindung mit der Humanmedizin an der Universität für nötig hält. Denn, sagt sie in der Denkschrift, eine selbständige Veterinärmedizin gebe es nicht. Forschungsmittel und Forschungswege für die medizinischen und veterinärmedizinischen Wissenschaften seien die gleichen, wenn auch das Forschungsobjekt meist ein verschiedenes sei.

Aus dieser Motivierung ergab sich, daß der Regierung die Frage des Kostenpunktes nebensächlich ist und die Stadt Dresden nur dann, die Tierärztliche Hochschule in ihren Mauern erhalten könnte, wenn sie eine Universitätsfakultät der Humanmedizin besitzt. Diese Notwendigkeit führte zum Plane, in Dresden eine Universität zu errichten. Denn der Gedanke einer ausschließlichen Errichtung von wissenschaftlichen Anstalten zur Ergänzung und Vertiefung des Universitätsstudiums, eine Art wissenschaftliche Akademie ohne Examina und ohne sonstige den Universitäten eigentümliche Berechtigungen war von vornherein ausgeschlossen. Dabei sollte die Universität nicht neben der Technischen Hochschule und neben der Tierärztlichen Hochschule gegründet, sondern diese beiden letzteren vereinigt und durch Eingliederung der fehlenden Fakultäten zu der neuen Universität, die dann auch ein neues Programm bedeutete, erweitert werden.

So entstand die Universitätsfrage in Dresden. Da aber allein die Stadt die Kosten nicht tragen kann, so steht und fällt der Plan, je nachdem die Regierung ihre finanzielle Hilfe zur Verfügung stellt oder ablehnt. Die Regierung läßt sich natürlich nicht vom Dresdner Lokalpatriotismus leiten. Sie muß in allen Fragen, wo der Staatsfiskus angerufen wird, die Bedürfnisfrage aufwerfen. Ist die Errichtung einer neuen Universität in Deutschland angezielt, nachdem wir bereits 21 Universitäten besitzen? Deutschland hatte im Jahre 1816 circa 25 Millionen Einwohner, jetzt zählt es 65 Millionen; trotzdem ist die Zahl der Universitäten gleich geblieben; trotzdem der Zubrang zum Universitätsstudium stark gewachsen ist. Im Semester 1911/12 betrug die Zahl der Hörer 63755, so daß beinahe auf 1000 Einwohner ein Hörer kommt. — Die Leipziger Presse lehnt es trotzdem ab, ein Bedürfnis anzuerkennen. Dabei übersteht sie die tiefen Schattenseiten bei der starken Frequenz der Hiesigen-Hochschulen. Es muß naturgemäß die Fühlung zwischen Lehrern und Schülern stark leiden. Hierzu sagt ein kleine Proschüre, die soeben erschienen ist (zur Frage der Errichtung einer Universität

in Dresden von Philademetus, Verl. der Hofbuchhandlung R. Burdach, Dresden):

„Schon bei den Vorlesungen in dem zum Amphitheater gewordenen Auditorium ist eine Fühlung zwischen dem Professor auf dem Katheder und den Hunderten seiner Zuhörer, besonders denjenigen auf den entferntesten und höchsten Bänken, kaum noch herzustellen. Gerade in der heutigen Zeit aber vollzieht sich ein großer Teil des akademischen Unterrichts in Vorlesungen am Krankenbett, in Übungen im Seminar und im Laboratorium. Wie soll hier der eine Institutsdirektor die Unterrichtsarbeit an der großen Zahl von Studenten bewältigen, die sein Praktikum belegt haben? Deshalb ziehen nicht selten gerade strebsame Studenten die kleine Universität vor. Andere halten sich überhaupt nur Studierens halber in der Universitätsstadt auf, ohne die nur des Examinens wegen belegten Kollegien zu besuchen, und bereiten sich auf die Prüfung privatim oder mit Hilfe des Einpaukers vor.“

So wird jeder, der Vorträge in den großen juristischen Hörsälen in Leipzig gehört hat, bestätigen können, daß den fernher stehenden Hörern die Einzelheiten der Vorträge gar nicht selten unverständlich bleiben, weil eben die Stimme des vielleicht sehr hervorragenden Gelehrten zur Füllung des großen Raumes nicht ausreicht. Damit wird aber nicht nur der unmittelbare Nutzen des Zuhörens außerordentlich vermindert, es muß nothgedrungen auch für alle diejenigen, welchen es nicht gelungen ist, sich für das Semester einen zum Hören günstigen Platz zu erwerben, das ganze Interesse an dem entsprechenden Studium herabgemindert werden. So kommt es, daß große Universitäten auch bei der guten Organisation und den reichen Mitteln, wie sie unserer Leipziger Hochschule vom Lande zur Verfügung gestellt werden, nicht imstande sind, dem Durchschnittstudenten dieselbe Förderung seiner Ausbildung zu gewährleisten, wie mittlere und kleinere Hochschulen mit relativ kleineren Mitteln.

Hier wird man einwenden, daß aus diesen Mischständen nun folgere, es sei eine zeitgemäße Reform der Universitäten notwendig, nicht aber eine Neugründung. Darauf ist zu erwidern, daß die Durchführung von Reformen bei den alten Hochschulen infolge ihrer verkommenen Verfassung vermutlich nur ein frommer Wunsch bleiben werde, wohl aber bei neuzugründenden Universitäten sich ermöglichen lasse.

Den Zubrang zu dem Universitätsstudium findet man allenthalben in der zivilisierten Welt. Es läßt sich diese Bewegung nicht mit äußeren Mitteln eindämmen, auch nicht dadurch, daß man keine neuen Hochschulen errichtet. Im Deutschen Reich kommt auf 3,1 Million Einwohner eine Universität, in England auf 2,9, in Frankreich auf 2,4, in den Vereinigten Staaten Nordamerikas auf 1, in der Schweiz auf 1/2, in Italien auf 1, in Spanien auf 1000, in Frankreich auf 800, in Amerika auf 600, in der Schweiz auf 560 Einwohner ein Universitätslehrer. Preußen hat bei 40 Millionen Einwohnern zehn Universitäten mit 24 100 Studenten; Bayern bei 7 Millionen Einwohnern drei Universitäten mit 4700 Studierenden; Württemberg bei 2,43 Millionen Einwohnern eine Universität mit 1850, Baden bei 2 Millionen zwei Universitäten mit 4700 usw. Sachsen bei 4,8 Millionen Einwohnern nur eine Universität, an der 5200 Jünglinge studieren. Daraus ergibt sich: Auf die Einwohnerzahl berechnet hat Sachsen die wenigsten Universitäten, weniger selbst als Preußen. Nach bayerischen Verhältnissen gerechnet müßte Sachsen zwei Universitäten haben, nach badischen mindestens vier.

Auch bezüglich der Zahl der Mittelschulen ist eine zweite Universität in Sachsen ein Bedürfnis. Denn eine Hauptaufgabe der Mittelschulen ist doch die Vorbereitung für den Besuch der Universitäten. In Preußen gibt es zusammen 575 Mittelschulen mit 153 000 Schülern bei 10 Universitäten. Es kommen daher auf eine Universität 57,5 Mittelschulen. In Bayern gibt es 91 Mittelschulen mit 24 800 Schülern bei 3 Universitäten; es kommen also 31,3 Anstalten auf eine Universität. In Sachsen existieren 37 Anstalten mit 14 800 Schülern. Es kommen also in Preußen auf eine Universität 15 310, in Bayern 8000, in Sachsen 14 800 Schüler. Sachsen ist also am ungünstigsten gestellt. Damit ergibt sich, daß die Bedürfnisfrage wohl zugunsten einer zweiten Landesuniversität beantwortet werden kann. Es entsteht die Frage nach den finanziellen Erfordernissen einer zweiten Landesuniversität. In einem zweiten Artikel werden wir diese wichtige Seite der Frage zu prüfen haben.

r-r.